

# Weltwochenschau

Objektyp: **Group**

Zeitschrift: **Die Berner Woche in Wort und Bild : ein Blatt für heimatliche Art und Kunst**

Band (Jahr): **27 (1937)**

Heft 1

PDF erstellt am: **25.09.2024**

## **Nutzungsbedingungen**

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

## **Haftungsausschluss**

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

## Weltwochenschau

### Nichtkompetente Volksvertretung

Zum Jahreswechsel ziemt es sich einmal, über die vielkritisierte „Dringlichkeitspolitik“ des Bundesrates in einem Zusammenhang nachzudenken, der gewöhnlich gar nicht beachtet wird. Der Bundesrat hat gewiß kein verfassungsmäßiges Recht,



Die Sandschak-Mission beim Völkerbund.

Der Völkerbundsrat hat beschlossen, eine aus drei neutralen Beobachtern bestehende Mission in das Gebiet von Alexandrette und Antiochia zu entsenden. Diese Mission setzt sich zusammen aus Oberst von Wattenwyl, Kreisinstruktor der 3. Division in Bern; Caron, ehemaliger Kolonialverwalter (Holland) und Holstad, diplomatischer Berater, Norwegen.

U. B. z.: Oberst von Wattenwyl.

die Bundesverfassung zu durchlöchern und Beschlüsse der Volksabstimmung zu entziehen, die vor das Volk gehören. Er müßte in solchen Fällen in der Tat den Nachweis des Notstandes, wie das in den „höchsten Statuten“ der Eidgenossenschaft vorgehoben, erbringen. Und zwar unwiderleglich erbringen!

Vielleicht fällt einmal einem Bundesrat ein, diesen Beweis mit der Unfähigkeit der Volksvertretung zu versuchen? Gerade die letzte Session der Räte wirkte in dieser Hinsicht einfach verführerisch. Aber nicht nur die letzte Session. Gewisse Symptome sind bald Jahrzehnte alt. Man denke nur an die sture parteimäßige Abstimmungsmodus, wonach alles, was von der Regierungsbank herkommt, „gefressen“, alles aber, was von der Opposition stammt, unter den Tisch gewischt wurde. Da muß ein Bundesrat ja ohne weiteres zur Ansicht gelangen, daß alles gehe wie er wolle, und nur das unbequeme Volk im Hintergrund, das zu Unterschriften verleitet werden und eine Abstimmung verlangen könnte, ist noch zu fürchten. Also mutet man einfach dem willfährigen Parlament mit seiner hergebrachten bejahenden Mehrheit in gewissen Fällen einfach zu, durch „Dringlicherklärung“ den bedrohlichen Volkswillen ebenso unter den Tisch zu wischen wie die Opposition.

Angenommen, der Bundesrat bringe lauter segensreiche Vorschläge, und die Opposition sei immer im Unrecht, ebenso

das Volk, dann mag eine solche Haltung der Mehrheit ebenso segensreich sein. Wenn nun aber der Bundesrat mal irren sollte?

Die mangelnde Kompetenz eines Parlamentes läßt sich durchaus verbergen, solange Mehrheit und Bundesrat einig gehen. Offenbar aber wird sie, wenn in diesem Parlament eines Tages Widerstand gegen die Regierung erwacht und eben in solchem Widerstand zutage tritt, wie gering die Einsicht jener der auftretenden Kritiker sei!

Da rücken die Herren Musy, Boffet und Béguin auf und wollen dem Bundesrat sein Budget vor die Füße schleudern,



Dr. Ernst Imfeld, der bisherige Experte für Preisfragen wurde zum Chef der Eidg. Preiskontrolle ernannt.

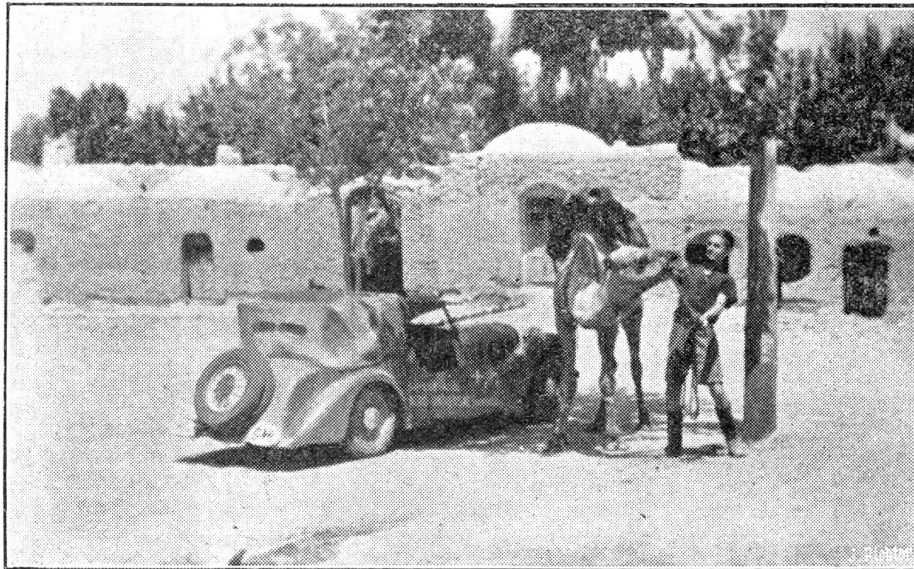
bis ers ins Gleichgewicht gebracht. Im Ständerat wollte die Kommission auf 200 Positionen rund anderthalb Millionen einsparen. Mehr brachte sie mit aller Mühe nicht heraus. Untragbar erschien den welschen Herren eine Bundesrechnung, die ein Defizit von über 100 Millionen aufweist. Aber auf mehr als 1½ Millionen weniger kamen sie auch nicht. Daß Herr Béguin aus Neuenburg nun die alte „sozialistische“ These aufgegriffen und die Subventionen auf der nachgewiesenen „Bedürftigkeit“ basieren will, gehört schon ins Kapitel der Demagogie; wie würden seine Wähler und die seiner Freunde im Waadtland das Napoleönl pro Doppelzentner Weizen verschmerzen?

Es kommt heute aus, daß der Bundesrat „nochmals“ ein „Defizitbudget“ wagt, weil er bestimmt mit dem wirtschaftlichen Aufschwung rechnet und weiß, wie gut in der neu angekurbelten Wirtschaft die bisherigen (und gewachsenen!) Schulden verzinst und amortisiert werden können und wie die Defizite automatisch in Ueberschüsse umschlagen, wenn es wie in England, Schweden und USA zugehen wird! Aber die Alt-Deflationisten, die nicht mehr Bundesräte sind oder es hoffentlich nie werden, haben diese natürliche Einstellung des Bundesrates nicht begriffen. Angesichts solcher Bloßstellung dieser einmal anders gearteten und „zufälligen“ Opposition freut man sich des bundesrätlichen Rückgrates fast noch mehr als der Tatsache, daß die sonstige Opposition von der Linken her mit dem Bundesrate gegangen. Und man hofft für 1937 auf das Wichtigste, was unserm Lande nottut: Auf die Sammlung in der Mitte, unter dem Banner einer alle wirtschaftlichen Interessen (und damit auch alle nationalen Belange) vertretenden „Richtlinie“. Der Schlüssel zu unserer Zukunft liegt bei der Wirtschaft.

## Einer Wendung entgegen?

Die französische und britische Regierung haben an die Mächte des „Nichteinmischungsabkommens“, d. h. praktisch an Berlin, eine Note gerichtet, die der Form nach neue Vorschläge, dem Inhalt nach jedoch die Mitteilung enthält, Frankreich und England würden sich in Zukunft nicht mehr an das Abkommen halten, wenn Deutschland fortfahre, Franco mit direkten Truppenleistungen zu unterstützen.

Die Form wird natürlich gewahrt. Es wird nur vorgeschlagen, die „Mächte des Nicht-Interventionspactes“ sollten sich verpflichten, den Freiwilligenwerbungen den Riegel zu schieben. Daß aber vor allem die Nichtfreiwilligen aus der Reichswehr gemeint sind, schimmert aus allen französischen und britischen Zeitungskommentaren durch. In französischen Blättern wird erörtert, Deutschland dürfe nicht etwa auf wirtschaftliche Kompensationen für sein Einlenken rechnen. Solche Wirtschaftshilfe habe es erst zu erwarten, wenn es sich zu einer Rüstungseinschränkung verftehe.



Heute ist die Auto-Expedition der beiden jungen Lausanner, Jean Beauverd und François Genoud, Schweiz—Asien beendet. Die Beiden kommen von Italien über St. Moritz, Julierpass, Bern nach Lausanne, wo sie vom A.C.S. Sektion Waadt begrüßt werden.

U. B. z.: Genoud mit seinem Kamel im Hof des Zollhauses an der persischen Grenze, Richtung Afganistan.



*Der Silberschatz des Negus unter dem Hammer.*

Bei einem Juwelier in London wird z. Zt. ein Teil des Tafelsilbers des abessinischen Kaisers im Exil, Haile Selassie, versteigert. Der reine Silberwert der Gegenstände wird auf 1400 Pfund geschätzt.

U. B. z.: Die Versteigerung.

Es fällt auf, daß vor allem in Frankreich die Situation, in die Hitler sich in Spanien hinein manövriert hat, mit der **Wirtschaft des Dritten Reiches** in Zusammenhang gebracht wird. „Der Führer schweigt“, schreibt ein Blatt, „während das Volk leidet“. Und es fragt, warum er gerade zur Weihnacht geschwiegen habe, während solche Anlässe üblicherweise zur Aufmunterung gewählt würden. Ein anderes Blatt spricht von der

haarlein berichten. Und überdies kann ja Berlin in London erzählen, wie es Mussolini durch seinen Herrn Grandi auch erzählen ließ, an den Abmachungen mit Franco sei kein wahres Wort; Deutschland denke nicht an die Beerbung Spaniens bei lebendigem Leibe, trachte nach keinem Fesseln spanischer Kolonialerde! Und vielleicht wird es London glauben! Unterdessen kann man die Flugstationen auf Teneriffa und in Jfni oder Tetuan ausbauen und eines Tages den Briten die Zunge strecken: Vertreibt uns wieder, wenn ihr könnt! Die Vermutung, Mussolini mache es, trotz Mittelmeerabkommen, auf den Balearen genau so, will nicht verstummen.



Die Zerstörungen um Madrid greifen um sich.

Immer mehr Häuser und Strassenzüge fallen in Madrid den Fliegerbomben zum Opfer.

U. B. z. einen Volltreffer in ein Haus in der Breton de los Heredos.

Dr. Ernst Imfeld, der bisherige Experte für Preisfragen wurde zum Chef der Eidg. Preiskontrolle ernannt.

„deutschen Autarkie“ und fürchtet, eine Auflockerung des Zwangssystems in der Wirtschaft könnte die Nationalsozialistische Herrschaft an sich in Gefahr bringen.

Warum die Franzosen so schreiben? Niemand anders als der deutsche **Wirtschaftsdiktator Schacht** hat sie auf solche Betrachtungen gebracht. Der Mann mußte neulich wieder von der absoluten Notwendigkeit sprechen, **Deutschland mit eigenen Kolonien auszustatten**, ansonst eine **Explosion unausbleiblich** sei. Da gleichzeitig die Presse der Weltmächte hartnäckig die Gerüchte wiederholt, es bestünden zwischen Franco und Hitler Abmachungen, Hitler habe Franco den militärischen Sieg, Franco aber Hitler die Abtretung von Spanisch Marokko, Guinea und der Kanarischen Inseln versprochen, wird begreiflich, **warum** England und Frankreich energisch werden.

Denn niemals kann England darenin willigen, Deutschland an der Gibraltarstraße auftauchen zu sehen oder auf den Inseln an der südafrikanischen und südamerikanischen Route deutsche Flugstationen entstehen zu lassen. In den Händen eines demokratischen Spanien, so erwägt man in London, bleibt der Marokkozypfel und das Inselgebiet sozusagen unter britischer Kontrolle. Die Solidarität zwischen London und Caballero schält sich mit jedem Tage deutlicher heraus. Und zwar dank dem Auftauchen der maskierten Reichswehr im Lager Francos.

Es wird sich nun zeigen, ob in Berlin gerissene Kerle sitzen, die den Engländern äußerlich entgegenkommen, ohne dabei Franco sitzen zu lassen. Man kann ja besser aufpassen als bisher, braucht nicht mehr die britischen Zeitungs-korrespondenten in alles hineinschnüffeln zu lassen! Man muß nicht mehr die „bewährten Soldaten“ auslesen und sie in Begleitung der Offiziere nach Cadix schicken, wie dies die britischen Zeitungen

Söldling einem freiheitsliebenden Volke aufzuzwingen. Die Geschichte der napoleonischen Herrschaft in Spanien ist ein warnendes Beispiel und gibt auch den einsichtigeren Deutschen zu denken.

Die Ausichten Francos hängen heute an einem Faden. Seine neuen Anstrengungen richten sich nicht mehr in erster Linie gegen Madrid, sondern gegen **die nördliche Flankenstellung der Hauptstadt: Segen Escorial und die dahinter liegenden, nach Norden gewendeten Pässe von Somosierra und Guadarrama**. Gelänge der Einbruch zwischen Escorial und Madrid, damit aber die Fassung der beiden Pässe im Rücken, dann wäre die Umfassung der Hauptstadt vom Norden her möglich. Der „Verteidigungsausschuß“ von Madrid hat denn auch massenhafte Verstärkungen an den bedrohten Flügel geworfen, und die in Frage stehenden Stellungen Boadilla und Pozuela gehen seit Wochen von Hand zu Hand, unter sehr großen Opfern. Noch ist ein wirklicher Erfolg der „Weißen“ nirgends sichtbar geworden, und der ablenkende letzte Angriff vom 27. Dezember auf die Hauptstadt selbst hat nichts geholfen.

Aber erst der „quittierte Mißerfolg“ Francos auch an der Escorialfront kann die Hoffnung aufkommen lassen auf einen wirksamen Erfolg der britisch-französischen „Warnungsaktion“.

—an—

## SPRÜCHE

Verzage nur nicht, wenn Du einmal fehltest, und deine ganze Reue sei eine schönere Tat. Jean Paul.

Verstand ist ein Edelstein, der am schönsten glänzt, wenn er in Demut eingefaßt ist.